



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. März 2019  
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

### **A 612 Anfrage Amrein Ruedi und Mit. über den Stand der Vorbereitungen für eine zukünftige Wasserknappheit im Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Die Anfrage A 612, die Anfrage A 644 von Markus Odermatt über Trockenheit und Wasserversorgung im Kanton Luzern sowie die Anfrage A 650 von Monique Frey über die Folgen von Hitze und Trockenheit im Sommer 2018 werden als Paket behandelt. Ruedi Amrein ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Markus Odermatt ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Monique Frey ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Ruedi Amrein: Der Kanton Luzern ist für den Fall einer Wasserknappheit gut vorbereitet. Die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Gemeinden, bei denen der grösste Teil der Arbeit anfällt, besteht. Die operative Ebene liegt bei den Gemeinden, deshalb möchte ich mich dort nicht einmischen, ausser im Fall einer Extremsituation. Es ist beruhigend zu wissen, dass sich die Knappheitsgebiete herauskristallisieren und die regionalen Entwicklungsträger sich dieser Frage ebenfalls annehmen. Im Seetal besteht aber offenbar ein Nachholbedarf. Gerade letzten Sommer war die Trockenheit im unteren Seetal sehr ausgeprägt, deshalb braucht es weitere Vorkehrungen für die Zukunft. Wenig entwickelt sind Lösungen in der Landwirtschaft. Im Pflanzenbau wurde das Zepter teilweise selber in die Hand genommen, bei der Tierhaltung ist es hingegen schwieriger, und es musste massiv Wasser zugeführt werden. Diesbezüglich sollten mögliche Strategien geprüft werden; meiner Meinung nach wäre es besser, im Voraus Investitionen zu tätigen, als in Notsituationen Importe zu finanzieren. Aktivitäten zur Förderung eines eigenverantwortlichen Wasserverbrauchs sind noch wenig im Gang, hier könnte noch mehr getan werden. Die FDP teilt die Beurteilung des Regierungsrates bezüglich der Anfragen A 644 und A 650. Die Konsequenzen wie der Bericht zur Wasserversorgung und die Massnahmen im Wald sind unserer Meinung nach folgerichtig.

Markus Odermatt: Die Regierung ist sich der Situation bewusst und hat im Sommer 2018 einiges unternommen, um die Situation zu entschärfen. Laut Antwort des Regierungsrates leisten die Wasserversorgungen, die Korporationen und die Gemeinden sehr gute Arbeit und sind bemüht, die Wasserverbraucher mit dem wertvollen Nass zu versorgen. Meiner Meinung nach sind die Antworten des Regierungsrates nachvollziehbar, objektiv und schlüssig. Das Thema ist aber zu wichtig, um einfach zur Tagesordnung überzugehen. Ich hätte von der Regierung erwartet, dass sie den Bericht über die Wassernutzung und Wasserversorgung zusammen mit den regionalen Entwicklungsträgern weiter erarbeitet und fertigstellt, vor allem in Bezug auf die Region Seetal. Ich frage mich, ob der Kanton allenfalls

einen finanziellen Anreiz bieten kann, um die nötigen Abklärungen abzuschliessen. Die Aquaregio AG Sursee-Mittelland zeigt beispielsweise deutlich auf, was mit einer Zusammenarbeit bewirkt werden kann. Die Verantwortlichkeit liegt zwar bei den Gemeinden, trotzdem wird die Dienststelle Umwelt und Energie (Uwe) sicher ein Wort mitreden wollen. Für die Landwirtschaft stellt sich in Zukunft die Frage, ob und wie die Kulturen bewässert werden können. Gerade im Seetal ist der Obst- und Weinbau ein zentraler Bestandteil des landwirtschaftlichen Einkommens. Fehlt den Kulturen das Wasser, können keine qualitativ hochwertigen Produkte produziert werden. Um die Wasserversorgung in Zukunft sicherzustellen, braucht es ein Konzept, auf das in Notsituationen zurückgegriffen werden kann, damit das Wasser in allen Regionen gleichmässig verteilt werden kann. Viele Landwirte haben selber Wassertanks im Boden eingegraben, um diese mit Regenwasser zu füllen. Das Thema der Oberflächenwasserentnahme von grösseren Seen oder Fliessgewässern müsste zur Sprache gebracht und die aktuelle, restriktive Haltung allenfalls gelockert werden. Allerdings ist auf die Tierwelt in und um die Gewässer Rücksicht zu nehmen. Ich würde es begrüssen, wenn der Kanton eine Gesamtschau über die Wasserverfügbarkeit erstellt. Daraus könnte eine Strategie entwickelt werden, welche die zu treffenden Massnahmen aufzeigt, wenn für längere Zeit kein Regen fällt. In der Antwort auf die Anfrage A 650 von Monique Frey werden die möglichen Folgeschäden von heissen und trockenen Sommern eindrücklich aufgezeigt. Lösungsansätze sind meiner Meinung nach die Umsetzung des Kantonalen Energiegesetzes, welches wenn immer möglich angewandt und umgesetzt werden soll. Ich hoffe sehr, dass die Wasserverteilung in Zukunft reibungslos gewährleistet werden kann.

Monique Frey: Ich überlege mir, meine Anfrage A 650 auf die geplante Sondersession zum Thema Klima hin nochmals einzureichen, da ich mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden bin. Die Antwort ist sehr schnell erfolgt, denn ich habe die Anfrage erst im Dezember eingereicht. Viele meiner Fragen wurden nicht beantwortet. Unter anderem ist die Rede davon, dass der Kanton bei den Gemeinden nachgefragt hat, wie sie mit dem Problem umgegangen sind. Von den Gemeinden liegen dazu aber noch keine Antworten vor. Wir wissen also nicht, welche Kosten den Gemeinden entstanden sind und wie sie in Zukunft mit diesem Problem umgehen wollen. Im Winter ist wenig Regen gefallen, und die kleineren Gewässer konnten sich erholen. Ob das auch für den Grundwasserspiegel zutrifft, ist nicht bekannt. Auf die möglichen Folgen eines erneuten trockenen Sommers geht der Regierungsrat in seiner Antwort ebenfalls nicht ein. Ich beharre auf der Frage nach den Kosten, weil uns anlässlich der Beratung über den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) immer wieder eingebläut wird, dass wir der nächsten Generation keine Schulden hinterlassen dürfen. Wir dürfen der nächsten Generation aber auch keine Schulden hinterlassen, was das Klima angeht. Es ist unsere Pflicht, alles dafür zu tun, möglichst keine Klimagase mehr auszustossen und alles zu unternehmen, um die Klimaveränderung zu stoppen. Ich bin ebenfalls erstaunt, dass der Bericht über die Wassernutzung und Wasserversorgung noch nicht fertiggestellt ist. Ich erwarte, dass wir bis zur Sondersession über mehr Informationen zum Bereich Wasser verfügen. Die Annahme, dass der Kanton Luzern in absehbarer Zukunft kein Problem mit einer Wasserknappheit haben soll, kann ich nicht nachvollziehen. Wenn in Zukunft weniger Schnee fällt und die Gletscher schmelzen, kommt es jeweils ab Juni zu grossen Problemen beim Wasserspeicher. Ich glaube nicht, dass der Vierwaldstättersee den Speicher darstellen kann, den im Moment die Gletscher übernehmen. Wir stehen vor grossen Herausforderungen, und deshalb braucht es einen Bericht, der mehr Antworten liefert als nur für die nächsten zwölf Jahre. Die Kosten müssen dabei ebenfalls berücksichtigt werden. Meiner Meinung nach braucht es zusätzliche finanzielle Ressourcen.

Hasan Candan: Mit den Antworten auf die drei Anfragen demaskiert sich die Regierung ganz klar. Bevor die dringlichen Vorstösse zum Thema Klima eingereicht wurden, hat die Regierung nämlich eine andere Haltung vertreten. In den Antworten auf die Anfrage A 650 ist nur die Rede von der Klimaadaptation, aber kaum davon, wie der Klimawandel gestoppt werden soll. In der Antwort zu Frage 5 wird nur auf das Kantonale Energiegesetz verwiesen. Dieses fortschrittliche Energiegesetz ist aber nur dank der Unterstützung der einzelnen

Parteien zustande gekommen, denn die Regierung hat die Vorschläge der RUEK abgelehnt. Im Kanton Luzern gibt es noch immer kein Verbot für Erdölheizungen, da sich die Regierung klar dagegen gewehrt hat. Zudem hat die Regierung diverse weitere Vorstösse als nicht realistisch abgelehnt oder keinen Handlungsbedarf erkannt, so etwa die Postulate P 587 von Michèle Graber, P 508 von Yvonne Zemp Baumgartner, P 476 von Markus Hess, meine Postulate P 473 und P 474, die Anfrage A 244 von Monique Frey und die Motion M 86 von Monique Frey. Heute macht die Regierung also nichts anderes als Wahlkampf.

Jost Troxler: Die lange Trockenperiode 2018 hat uns wieder einmal gezeigt, dass die Natur und Wetterereignisse nicht berechenbar sind und wir ihnen zum Teil machtlos ausgesetzt sind. Die Trockenperiode 2018 hat uns auch spüren lassen, dass das Element Wasser nicht unendlich und zu jeder Zeit vorhanden ist und wir in Zukunft bei ähnlichen Ereignissen früher, gezielter und koordinierter handeln müssen. In den Regionen ohne regionale Wasserversorgung muss dies in absehbarer Zeit angegangen werden. Was mir aber viel mehr Sorgen bereitet, ist die prekäre Wasserknappheit bei privaten Quellwasserfassungen einzelner Bauernbetriebe, vor allem im Surental, denn diese haben sich bis heute nicht richtig erholt. Der Kanton muss diesbezüglich beratend Unterstützung leisten. Wir Bauern sind uns gewohnt, mit Wetterkapriolen umzugehen, auch bei Trockenperioden. Es gibt trockene, aber auch nasse Jahre. Unsere Väter und Grossväter erlebten in den 30er- und 40er-Jahren des letzten Jahrhunderts Trockenperioden. Ich selber habe in den 70er-, 80er- und 90er-Jahren Dürreperioden erlebt. Zum Glück handelt es sich dabei meistens nur um regionale Vorkommnisse, darum ist Solidarität unter den Regionen und den Bauern ein Muss, etwa mit Futterlieferungen. Auch pragmatische Lösungen vonseiten der Behörden sind gefragt. Im Gegensatz zu den Grünen und Linken sind wir Bauern es uns gewohnt, zu handeln, wenn man uns denn lässt.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Wasser ist das wichtigste Lebensmittel für den Menschen und die Tiere. Im Kanton Luzern gibt es drei Bezugsquellen: das Grundwasser, das Quellwasser und das Oberflächenwasser. Für die Versorgung der Bevölkerung sind insbesondere das Quell- und das Grundwasser vorgesehen. Für die Versorgung sind die Gemeinden selber verantwortlich, sie können diesen Auftrag aber an eine Korporation oder eine Genossenschaft delegieren. Die Verantwortung für die regionale Versorgung bleibt aber bei den Gemeinden. Die Koordinationsaufgaben stehen laut Richtplan den regionalen Entwicklungsträgern zu, und der Kanton sorgt dafür, dass die Bundesvorgaben eingehalten werden. Wir haben uns bei den Gemeinden nach Auswirkungen der Trockenperiode erkundigt. Diese Abklärungen nehmen jedoch einige Zeit in Anspruch und sind noch nicht abgeschlossen. Wir haben aber die Situation während der Trockenperiode genau beobachtet. Grundsätzlich haben wir gut reagiert, denn es ist zu keinem Notstand gekommen. Die Fischereiabteilung hat zusammen mit vielen Freiwilligen sehr gute Arbeit geleistet. In der Landwirtschaft haben wir mit Ausnahmeregelungen die Aussetzung von Meldepflichten ermöglicht. Es gibt sehr gute Beispiele, wie die Gemeinden untereinander vernetzt sind. So sind durch regionale Entwicklungsträger Aktionen koordiniert worden, ich denke dabei etwa an den Raum Sempachersee. Wir sind uns aber auch darin einig, dass es noch Verbesserungspotenzial gibt, beispielsweise im Seetal. Wir sehen es als kantonale Aufgabe an, eine bessere Vernetzung unter den Gemeinden anzustossen. Die allgemeine Information und die Sensibilisierung der Bevölkerung scheinen zu wirken, auch wenn noch mehr getan werden könnte. Der Wasserverbrauch ist jedenfalls rückläufig. Der Vorwurf von Monique Frey, dass wir ihre Anfrage A 650 zu schnell beantwortet hätten, bereitet mir Mühe. Wäre die Antwort etwas später erfolgt, wären wir ebenfalls kritisiert worden. Was das Votum von Hasan Candan angeht, kann ich nur sagen, dass wir unsere Haltung nicht einfach geändert haben. Die Regierung prüft die Vorstösse darauf, was politisch machbar ist oder nicht. Schlussendlich sind es die politischen Mehrheiten, die darüber befinden, welche Massnahmen überprüft und umgesetzt werden. Die Entscheidung, ob ein Vorstoss erheblich erklärt wird oder nicht, bestimmt letztlich Ihr Rat. Mein Fazit: Was die Vernetzung angeht, besteht noch Handlungsbedarf. Zudem werden wir den Bericht Wassernutzung und

Wasserversorgung vorantreiben und die regionalen Entwicklungsträger in die Pflicht nehmen. Im Moment ist nicht der Zeitpunkt, um vom Kanton Geld zu fordern, so wie es Markus Odermatt verlangt hat. Bevor wir über eine finanzielle Unterstützung befinden können, braucht es eine Abwägung aller Interessen.